

einbezieht. Das ist die deutsche Wirtschaftssituation nach Annahme des Tributplanes!
 Borauf aber käme es jetzt vor allem an? Die Antwort kann nur lauten: Wir müssen auf die kommenden Schwierigkeiten, die wir nicht ernst genug nehmen können, wirtschaftlich und moralisch rüsten. Selbst die einschneidendsten Erfüllungsmaßnahmen rechnen damit, daß wir in kurzer Zeit das Moratorium in Anspruch nehmen müssen. Hierdurch werden natürlich Rückschlüsse auf unsere Auslandskredite unvermeidlich sein. Deshalb sollte es unsere Aufgabe sein, die kurzfristigen Schulden, die bereits die beachtliche Höhe von 11 Milliarden erreicht haben, zu konsolidieren. Hierzu kann die Wirtschaft aber nur in Stand gesetzt werden, wenn es gelingt, die Finanzen in einen geordneten Zustand zu bringen, der im Auslande Vertrauen erweckt. Namentlich einer gründlichen Reform der Ausgaben Seite kann nicht früh genug ernste Aufmerksamkeit

gewidmet werden. Nur mit durchaus geordneten inneren Verhältnissen läßt sich eine Abänderung des Youngplans trotz der mangelhaften Revisionsmöglichkeiten erwingen, ohne unleren Gegnern, namentlich Frankreich, die Waage in die Hand zu drücken, wir hätten den Plan absichtlich sabotiert.
 Freilich dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, daß dem Parlament zur Zeit nichts näher liegt, als diese moralische und wirtschaftliche Rüstung zu betreiben. Allein das Finanzchaos, in dem wir uns befinden, ist dafür ein trauriges Zeugnis. Während die Regierung noch auf Weidenshäusers Vorschläge beharrt, haben sich sämtliche Koalitionsparteien dagegen erklärt. Die Weimarer Parteien arbeiten ihre eigenen Vorschläge aus, die natürlich eine Verschlechterung im Sinne der Sozialdemokratie bedeuten, während die Deutsche Volkspartei mit ihren Forderungen der Wirtschaftsvernunft sich in der hoffnungslosen Minderheit befindet. Tritt die Regierung mit ihrem Finanzprogramm vor den Reichs-

tag, dann muß es sich erweisen, wer härter ist, die Parteien oder die Regierung. Das Kabinett vertritt sich Hilfe vom Reichspräsidenten, der im Falle einer unlöslichen Regierungskrise das Finanzprogramm des Kabinetts mit außerparlamentarischen Mitteln durchsetzen soll. Ohne Zweifel ein schwerer Preisverlust für das Parlament! Auflösung des Reichstags und Neuwahlen ließen sich dann kaum mehr vermeiden. Nachdem durch die Schuld der Demokraten auch in Sachen die Landtagsauflösung in nächste Nähe gerückt ist, hätten wir wenigstens den einen Trost, beide Wahlen in einem Wahlgang durchzuführen. Auch die Parole wäre einfach und aufrichtig: Alle Stimmen denjenigen Parteien, die entschlossen sind, an der inneren Rüstung Deutschlands für das Ziel einer neuen Tributregelung unter der Ausschaltung des verhängnisvollen Einflusses der Sozialdemokratie zu arbeiten.

Das letzte Ringen im Reichstag um den Tributplan

Ein Vorstoß des thüringischen Innenministers Dr. Fried gegen die „uferlose Erfüllungspolitik“

Berlin, 12. März. Nach den Erklärungen des Zentrumsgesandten Dr. Brüning wird von den Kommunisten ein

Misstrauensantrag gegen den Reichskanzler eingebracht.

Abg. Morin (Komm.) erklärt, der Kampf gegen den Youngplan werde nicht im Parlament entschieden, sondern in den Betrieben und auf der Straße durch die Arbeiterkraft unter Führung der Kommunisten.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) verliest eine Erklärung, in der es heißt, die Wirtschaftspartei stehe grundsätzlich auf dem Boden der Verständigungspolitik, sie könne aber nach gewissenhafter Prüfung der wirtschaftlichen Wirkungen des Youngplans angesichts der Zerrüttung der deutschen Finanzen diesem Plan nicht zustimmen.

Abg. Dr. Japs (D. Vp.) erwidert zunächst dem Abgeordneten Dr. Brüning, er möge sich über die Bedenkenlichkeit einer Veräußerung von Räumung- und Reparationsfrage mit den Zentrumsmilitärs auseinandersetzen. Wir freuen uns, so fährt der Redner fort, daß nicht nur hinsichtlich der Reparationsfrage, sondern auch der absoluten Notwendigkeit einer prinzipiellen Steuer- und Wirtschaftsreform das Zentrum endlich auf unsere Seite getreten ist.

In diesem entscheidenden Augenblick sollten die Regierungsparteien nicht unter sich polemisieren.

Die gegen den Youngplan opponierenden Parteien gehen leicht hinein über den gewaltigen Erfolg, der mit der Befreiung des Rheins erkungen ist.

Man braucht nur zu erinnern an die deutlich von Clemenceau und Poincaré gezeichneten Pläne auf dauernde französische Verlegung am Rhein und auf Verstärkung der deutschen Einheit, um zu erkennen, wie groß der Dienst ist, der auch der Befreiung Europas mit der Befreiung des Rheins geleistet wird. Diese Befreiung ist der Erfolg einer seit sieben Jahren geführten deutschen Außenpolitik.

Abg. Stämpfer (Soz.) Der Misstrauensantrag ist nicht etwa vom Reichskanzler bei den Kommunisten bestellt worden, sondern die Kommunisten haben ganz freiwillig und ohne Gegenleistung dem Reichskanzler diese Gefälligkeit erwiesen. (Beifall.) Wir wissen genau, daß der Youngplan uns schwere Lasten auferlegt, aber wir wissen auch, daß er uns Erleichterungen bringt gegenüber dem Dawesplan.

Wir Sozialdemokraten würden für den Youngplan auch dann stimmen, wenn wir nicht in der Regierung wären. Darin unterscheiden wir uns von anderen Parteien, daß wir in Lebensfragen (!) der Nation unsere Entscheidung treffen unabhängig von unserem Verhältnis zur Regierung.

Abg. Meiner, Berlin (Dem.), stellt in einer Erklärung fest, daß keine Reaktion geschloffen für die Younganleihe stimmen werde. Es bestie keine andere Möglichkeit, um dem mitleidigen Wege nationaler Befreiung und wirtschaftlicher Wiederaufrichtung eine neue große Strecke abzuräumen. Ohne die Erleichterungen des Youngplans sei eine Fortführung der deutschen Wirtschaft überhaupt unmöglich. Die Erfüllung des neuen Youngplans hängt nicht allein von Deutschland, sondern von der zukünftigen Gestaltung der internationalen Wirtschaft- und Geldverhältnisse ab. Leider sei es nicht möglich

gewesen, innerhalb der Regierungsparteien den bei so entscheidenden Beschlüssen gebotenen Zusammenhalt herzustellen.

Abg. v. Linderer-Wildau (Christl.-nat.)

Der Grund, aus dem eine verantwortungsbewusste nationale Opposition den Youngplan ablehnen muß, ist das

verhängnisvolle Ergebnis des Mißerfolges eines seit fünf Jahren unternommenen Verständigungsversuchs.

Stresemann hatte als Ziel seiner Außenpolitik ausgestellt: Verständigung mit Frankreich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung. Verständigung im Wehen, um freie Hand im Osten zu haben.

Ein Blick auf den Youngplan zeigt, wie weit wir von diesen Zielen der Außenpolitik Stresemanns entfernt sind. Wir sehen in diesem Vertragswerk eine

Bewertung der Kriegsmethoden.

Es ist schlechterdings unerträglich, daß ein englischer Minister als Exponent eines Volkes, das die Fairness als seine Tugend betrachtet, hier eine Vereinbarung erzwingt, die seinen feierlichen eigenen Erklärungen ins Gesicht schlägt. Das englische Volk, das große Vermögenswerte außerhalb seiner Grenzen zu rüsten hat und sie nicht mehr so unbedingt schätzen kann wie vor 15 Jahren, dieses Volk soll sich sehr ernst fragen, ob es wohlgeht ist, in die Regelung der Beziehungen von Völkern und Staaten untereinander Methoden einzuführen, die mit den

primitivsten Grundrissen der Achtung vor fremdem Privateigentum schlechterdings nicht mehr zu vereinbaren sind.

(Beifall.) Abgesehen von den großen materiellen Opfern liegt in dem deutsch-polnischen Abkommen auch die große Gefahr der Zerrüttung jener nationalen Entschlossenheit, die wir brauchen für den entscheidenden Kampf, der andenkbar wird zwischen dem Deutschland und einem Polen, das mit brutalsten Mitteln die Menschenrechte auf deutscher Seite unterdrückt.

Wir verlieren nicht die Hoffnung, daß das deutsche Volk wieder ansetzen und daß es zerreihen wird, nicht nur die fremden Ketten, sondern auch die Ketten, die es selbst um seine eigene Hand zu schmeiden im Begriff ist. (Beifall bei den Christlichen.)

Abg. Straßer (Nat.-Soz.) verliest eine längere Erklärung seiner Partei, in der es wiederholt heißt, es seien Pläne, was die Regierung zur Empfehlung des Youngplans vorgeschrieben habe. Als von der Partei gegen diese Wendung protestiert wird, erklärt Präsident Eise, er nehme an, daß der Redner nur theoretisch von Eise spreche. Mit lauten Enttäuschungsrufen links und in der Mitte wird eine Stelle der Erklärung beantwortet, in der die Regierung des Volksverrats beschuldigt und angeklagt wird, ein kommender nationalsozialistischer Staatsgerichtshof werde die Äuße derjenigen fordern, die den Youngplan annehmen.

Präsident Eise erteilt dem Redner einen Ordnungsruf.

Abg. Schmidt-Hannover (D.-N.)

erklärt, der Youngplan werde Katastrophentwirlunge n zur Folge haben. Den optimistischen Feststellungen

demokratischer Fachleute über die glänzenden Aussichten deutscher Kapitalbildung stehen sterbende Keder, steigende Konsumziffern und wachsende Arbeitslosigkeit gegenüber. Angesichts der letzten Entwicklung überschlägt sich die Linkspresse in Androhungssuchungen an den Reichspräsidenten. Während der Hindenburgwahl hieß es anders.

Die Jugend wird den von der brüchigen Massendemokratie unterschriebenen Befehl nicht honorieren.

Aus dem Youngdeutschland wird ein Junadeutschland entstehen, für das die Bestimmungen dieser Reichheit keine Geltung haben. Diesem kommenden Deutschland gilt unser Gruß.

Abg. Stöcker (Komm.) verliest eine Erklärung der kommunistischen Fraktion des Inhalts, der Youngplan sei ein Sklavenakt, mit dem das deutsche Proletariat unter das Joch der internationalen Bourgeoisie gebracht werden solle.

Präsident Eise: Das Wort hat der Reichstagsbevollmächtigte des Freistaates Thüringen, Herr Dr. Fried. (Stürmisches Gelächter bei den Regierungsparteien.)

Minister Dr. Fried:

Als bevollmächtigter Vertreter des Landes Thüringen habe ich folgende Erklärung abzugeben:

In schroffem Gegensatz zur Reichsregierung steht die Regierung des Landes Thüringen in der Annahme des Youngplans und des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens das größte nationale Unglück und das Ende der Selbstständigkeit der Länder. Während auf der einen Seite die uferlose Erfüllungspolitik dem deutschen Volke auf Generationen hinaus Lasten auferlegt, von deren Untragbarkeit die Verantwortlichen dieser Politik selbst überzeugt sind, entgeht sie auf der anderen Seite den Ländern die Mittel und nötigt sie zur Beschränkung der Ausgaben für die wichtigsten Kulturaufgaben. (Rufe links: „Und in dieser thüringischen Regierung sitzt auch die Deutsche Volkspartei!“) Die Erklärung schließt mit der Versicherung:

die thüringische Regierung wolle den Mittelpunkt bilden für einen fanatischen Widerstands- und Freiheitswillen des deutschen Volkes.

(Händeklatschen bei den Nationalsozialisten. Abg. Stöcker (Nat.-Soz.): „Endlich ein deutscher Minister!“)

Freiherr Reichsratsbevollmächtigter Dr. Bredt: Die große Mehrheit des Reichsrats steht auf einem ganz anderen Standpunkt als die thüringische Regierung. Die Vereinten Ausschüsse des Reichsrats haben die Annahme des Youngplans für notwendig erklärt aus den im Protokoll niedergelegten Gründen.

Die Abgeordneten Kling (Bant. Bauernbund) und Grölich (Komm. Opposition) lehnen die Younganleihe ab.

Präsident Eise teilt mit, daß mit Rücksicht auf die Anträge, in denen die Auslegung der Verständigung verlangt wird, die Regierungsparteien (ohne Banische Volkspartei) die

Dringlichkeitserklärung der Younganleihe beantragt haben.

Dazu wird die Entschlieung Dr. Schneider, Dresden (D. Vp.), auf bessere Berücksichtigung des Kreditbedarfs der entfernteren Gebiete angenommen. Angenommen wird auch die sozialdemokratische Entschlieung auf Veröffentlichung der Resäne des Reichsbankpräsidenten und der Direktoriumsmitglieder.

Es folgen nun die Abstimmungen. (Siehe Seite 1.) Angenommen werden noch Entschlieungen zugunsten der Liquidations- und Gewaltgeschädigten.

Mit großer Mehrheit wird auch die Entschlieung der Regierungsparteien angenommen, die sich für einen größeren Schutz der deutschen Minderheit in Polen einsetzt.

Hierauf kommt der Antrag der Oppositionsparteien auf Auslegung der Verständigung der Younganleihe zur namentlichen Abstimmung. Nach Artikel 72 der Reichsverfassung muß die Verkündung eines Gesetzes um zwei Monate ausgesetzt werden, wenn ein Drittel der anwesenden Abgeordneten für die Auslegung stimmt.

Für den Antrag der Oppositionsparteien werden 173, dagegen 258 Stimmen abgegeben, das für die Auslegung erforderliche Drittel ist also erreicht. (Beifall rechts.)

Demnach wird in namentlicher Abstimmung mit 258 gegen 174 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Antrag der Regierungsparteien angenommen, der die Younganleihe für dringlich erklärt. Eine solche Dringlichkeitserklärung hat, wenn sie auch vom Reichsrat bekräftigt wird, die Wirkung, daß der Reichspräsident die Verkündung der Gesetze ungeachtet des vorherigen Auslegungsbeschlusses vornehmen kann.

Der kommunistische Misstrauensantrag gegen das Reichskabinett wird mit 277 gegen 100 Stimmen bei 18 Enthaltungen abgelehnt. Einige Mitglieder der Banischen Volkspartei enthielten sich der Stimme, während der fraktionsvorsitzende Leicht gegen den Misstrauensantrag stimmte. Vor der Abstimmung erklärte Abg. Stöcker (Komm.), der von Dr. Brüning verlesene Antrag, der die Erklärung des Reichskanzlers billigt, sei nach seiner Ansicht kein Vertragensantrag. — Präsident Eise: Wir nehmen von dieser Ansicht Kenntnis. (Beifall.)

Hierauf wurde der Antrag der Regierungsparteien, der die Erklärung des Reichskanzlers billigt, mit 248 gegen 170 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen.

Damit war die dritte Lesung der Younganleihe erledigt. Das Haus vertagte sich auf Donnerstag 2 Uhr.

Unter dem Druck der Kabinettskrise

Die Regierung erzwingt sich eine Mehrheit für das Polenabkommen

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Als am Zwitnachmittage die Abstimmungen begannen, war die Stimmung im Hause mit Hochspannung geladen. Allgemein wurde verbreitet, daß die Banische Volkspartei gegen den Youngplan stimmen würde. In der Tat kam es zu dieser überraschenden Wendung. Die Banern stehen auf dem Standpunkt, daß ihre finanziellen Bedürfnisse nicht erfüllt seien, da sich die Regierung veranlaßt gesehen habe, auf ihr erstes Finanzprogramm zurückzukehren und dadurch das Kompromiß der sogenannten Weimarer Parteien illusorisch gemacht habe. Dabei geht es

weniger um die Biersteuer, als um § 15 des Finanzanleihegesetz, der sich mit dem Unterhaltungsmodus für die leistungsschwachen Länder befaßt.

Hier hatten die Banern erhebliche Wünsche angemeldet, die nun plötzlich ohne jede Wirksamkeit blieben. Deshalb stimmten sie mit Ausnahme von drei Enthaltungen gegen den Youngplan. Waren die Abstimmungsverhältnisse auch beim Polenabkommen dieselben geblieben, dann wäre das Schicksal dieses bekunntkritischen Vertrages befehle gewesen. Als die Stellung der Banern bekannt wurde, erfolgte eine

ungeheure Nervosität

das Haus. Das Kabinett ließ im Plenum verbreiten, es werde sofort keine Gesamtdemission geben, falls das Polenabkommen abgelehnt würde. Der Kampf spielte sich nunmehr vor allen Dingen in der Zentrumspartei ab. Wenn das einseitig Duzend Zentrumsgesandte, das getrennt gegen den Polenvertrag gestimmt hatte, dies auch heute getan hätte, dann wäre der Vertrag gefallen, und die Regierungskrise wäre da. In dieser Situation bekam man im Zentrum etwas, was man als „kalte Fische“ bezeichnet. d. h.

die Rein-Sogers ließen um, und das Polenabkommen ging mit knapper Mehrheit durchs Ziel.

Stürmische Vorkäufe sollten durchs Haus. Den Ministern auf der Regierungsbank fiel mehr als ein Stein vom Herzen. Vorher hatte es im Laufe der Debatte noch eine nicht uninteressante Kontroverse zwischen dem thüringischen Innenminister Dr. Fried und dem preussischen Reichstagsbevollmächtigten Ministerdirektor Dr. Bredt gegeben. Als Dr. Fried das rote Tuch für die Berliner Demokratie das Wort ergriß, gab es eine allgemeine Bewegung im Hause.

Namens der thüringischen Regierung wandte sich der Weimarer Innenminister

nochmals scharf gegen die Younganleihe.

die er als das größte nationale Unglück und das Ende der Selbstständigkeit der Länder bezeichnete. Der Weg der Befreiung des deutschen Volkes führe über den Wehr- und Widerstandswillen der deutschen Nation, wofür in Thüringen eine Grundlage geschaffen werden solle. Auf diese mannhaften Worte antwortete für Preußen und die Mehrheit des Reichsrats sofort Dr. Bredt, der aus dem Protokoll die vier hauptsächlichsten Gründe verlas, die den Reichsrat veranlaßt hätten, dem Youngabkommen zuzustimmen.

Nach der Verlesung, eine Finanzschiebung der Verständigung der Younganleihe um zwei Monate durchzuführen, dürfte lächerlich. Zwar erhielt ein entsprechender deutsch-nationaler Antrag über ein Drittel der notwendigen Stimmen. Doch beschloffen die Regierungsparteien darauf sofort mit Stimmenmehrheit die Dringlichkeitserklärung. Nun liegt es in der Hand des Reichspräsidenten, ob er die Dringlichkeit für notwendig erachtet und unterzeichnet, oder ob er sich für die Opposition erklärt. Nach den Erfahrungen insbesondere der letzten Tage ist die letztere Ansicht denkbar gering.

Sogar eine Billigungsformel hat das Kabinett zum Schluß noch erhalten. Morgen wird der Reichstag das Republikanengesetz beraten.

Der Kampf um einen Abschnitt der deutschen Außenpolitik ist jetzt beendet. Der Kampf um ein wichtiges Kapitel der deutschen Innenpolitik — die Finanz- und Steuerreform — beginnt. Der Reichskanzler hat angekündigt, daß die Gesetze am kommenden Montag dem Reichstag zugehen werden. Es ist nun die Frage, ob das Reichskabinett, wenn es mit Mühe gelang, sich über die Klippe des Polenvertrages hinwegzusetzen, auch die fast zahlreicheren Klippen der Finanzreform wird umschiffen können.

Die Meinungen darüber sind geteilt, besonders hinsichtlich der Haltung der Deutschen Volkspartei, die ihren Parteiführer Parteitag unmittelbar vor sich hat und sich höchstwahrscheinlich ihre Entschlüsse bis dahin vorbehalten wird. Nach kurzer Pause wird also die Arbeit im Reichstag weitergehen. Der Druck ist praktisch nicht vermindert. In wenigen Wochen ist also Ultimo März und dann muß man nicht nur wissen, woher die Steuern kommen, sondern die Geldquellen müssen für die Reichskasse auch bereits fließen.

Panflavin
 PASTILLEN
 (Acridinumderivat)

Zum Schutz gegen
Grippe
 Erkältungskrankheiten, Mandel- u. Halsentzündungen